

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Belegpreis: Durch unsere Seiten
ist ein Ganz monatlich 20.00 Mark.
Abstellungen nehmen die Kästner
und die Auslandssiedlungen entgegen.
— Erhältlich weitläufig.

Telegraphen: Anzeiger Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Amt Leipzig Nr. 1998

Anzeigepreis: Die Belegpreise sind
Bestätigung für Ausgaben aus Aue und
Umgegend 4.00 Mark, auswärtige
Ausgaben 8.00 Mark, Reklame-Bestätigung
zusätzlich 1.00 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen entsprechender Rabatt.

Nr. 183

Dienstag, den 8. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Eine Chefbesprechung in der Reichskanzlei be-
schäftigte sich gestern mit der Kohlenkrise und der Ent-
scheidung der Reparationskommission bezüg-
lich der Herabsetzung der Reparationskohlen-
lieferungen von 19 auf 17 Millionen Tonnen.

Der Vertreter der Times deutet an, daß eine sen-
ationelle Kundgebung der Reparations-
kommission unmittelbar zu erwarten sei. Es dürfte
sich um den Zahlungsaufschub für Deutsch-
land handeln.

Die internationale Frontkommission be-
sitzt vom 12. bis 21. Oktober die neue deutsch-
polnische Grenze in Oberschlesien und befragt
die Bevölkerung, ob die neue Grenze den wirtschaft-
lichen Erfordernissen entspricht.

Die türkischen Freistaat-Truppen haben vor
der Stadt Cork den Generalangriff gegen die
Anhänger de Valeras eröffnet.

Die Morningpost meldet aus Konstantinopel,
daß die griechischen Truppen sich von der Tschai-
kalidsha-Binte zurückgezogen haben.

Der Dollar stand heute vormittag in Ber-
lin vorüberlich auf 755.

Durch die Verfassung zum Staatsvolk.

Von Dr. Johannes Richter, Leipzig.

Wir Deutschen waren immer eine Kulturnation
mit Mängeln, aber kein Staatsvölk. Zum Staatsvölk
erhebt man sich nicht durch Philosophie, Kunst, Wissen-
schaft und Technik, sondern nur durch den Willen zur
volkischen Form. Daran aber hat es uns seit den ältesten
Tagen unserer Geschichte gründlich gefehlt. Ger-
manische Eigenwilligkeit wirkte von Anbeginn zentri-
ugal, deutsches Stammesbewußtsein wurde von selbst-
sichigen Dynasten ebenso geziert wie bedenkenlos aus-
gebaut, zum Separatismus verunstaltet und mußte fol-
gerichtig zur Versplitterung führen. Das Zusammen-
gehörigkeitsgefühl der Deutschen war und blieb höchst
immerlich entwidelt. Nur gemeinsame Not wandte von
Zeit zu Zeit die von deutschen Fürsten mischelten
Stammesinstinkte dem gesamten Deutschland zu. Die
Blütezeit unserer klassischen Literatur und Philosophie
unterstrich noch einmal unseren Charakter als Kultur-
nation. Die napoleonische Fremdherrschaft erzwang
dann zwar Hoffnungsvolle Ansätze zu gemeindeutschem
Denken und Fühlen, aber die Macht einer verhängnis-
wollen Tradition und der Widerstand der deutschen Für-
sten erschien auch diese Regungen eines nationalen
Empfindens. Selbst das geniale Werk, das der eiserne
Kanzler einem widerwilligen Schicksal abirogte, war eine
halbe Lösung, ein Vorläufiges, nur eine Brücke zum
besseren Ufer. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob
eine dauerhaftere Lösung zu Bismarcks Zeit möglich war.
Tatsächlich sahen die meisten Deutschen in der Bismarck-
schen Reichsgründung die endgültige Lösung. Erfolg
und Macht suggerierten dem deutschen Volk die inner-
lich gar nicht vorhandene deutsche Einheit. Es war
überzeugt, ein für allemal seine politische Form ge-
fundene zu haben. Das war ebenso ein Irrtum, wie die
Annahme, innerhalb der schwarz-welz-roten Grenzfähre
wohne eine Nation, ein Staatsvölk. Wir waren
nicht einmal auf dem Wege, es zu werden; denn ein
Staatsvölk entsteht nicht durch gemeinsame Armee und
Flotte, auch nicht durch gemeinsame blühende Wirtschaft.
Man wird nicht Nation durch militärische oder finan-
zielle Macht, so eindeutig daß auch die Geschichte zu
predigen scheint. Machtbildung ist nur der Exponent
der Nation, die zuvor da sein muß. Hier ruht die Tra-
gik der neuesten deutschen Geschichte seit etwa 1864.
Wir hielten uns für politisiert, weil wir in Bismarck
einen großen politischen Lehrer besessen hatten. Wir
hielten uns für eine Nation, weil wir in einem Reich
wohnen. Wir spielten Staat, ohne ein Staatsvölk zu
sein. Es ist keine Schande, aber ein lebensgefährlicher
Mangel, nur eine Kulturnation zu sein. Doch selbst der
Ruhm der Kulturnation ging an, im Wilhelminischen
Reich zu verbllassen, als unser Kulturstil sich immer
einfleider auf wirtschaftliche Größe, auf Dingwerte
einließ. Die deutsche Seele blieb trotz aller Deklamationen
vom Deutschen Idealismus weit zurück. So fand
der große Moment unserer jüngsten Geschichte zwischen
1864 und 1918 ein kleines Gefälle.

Es leuchtet ein, daß uns mit einer Systemänderung
nicht geholfen werden konnte, daß wir vielmehr einen

Steinschen Reformwillen brauchten, eine Erneuerung
des deutschen Menschen. Bedeutet dann aber nicht die
Reichsverfassung vom 11. August 1919 einen Irrtum?
Hat nicht die deutsche Nationalversammlung in naiver
Systemglückseligkeit an Stelle der monarchischen eine re-
publikanische Staatsverfassung gesetzt? Ein Volk kann
nicht durch Systemwechsel erlöst werden. Über die
Reichsverfassung heißt für uns nicht ein System dar,
mit dem ein Versuch gewagt werden soll, sondern unsere
politische Lebensform schlechthin. In dem
Abschnitt der deutschen Entwicklung, in dem wir stehen,
ist die Republik der Inbegriff unserer Saatlichkeit. Ob
Republik oder Monarchie mag sonst eine gesundbare Frage
sein, seit 1918 ist sie primär und einfach entscheidend.
Nichts ist bezeichnender für die Schwäche des deutschen
politischen Instinktes als die Tatsache, daß heute noch
Millionen nicht begreifen, warum sich an dieser Frage
die Geister scheiden müssen. Ist der Zusammenbruch
nur die Folge eines Dachstahls in den Norden und die
Revolution ein Sturm, dann freilich hat nur der Zu-
fall die Republik geboren und sie wird Episoden bleiben.
Doch der ungeübte Blick erkennt unschwer die Zwangs-
haftigkeit des Zusammenbruches und der Ablösung durch
die Republik. Ein Volk, über das die Katastrophe so
verheerend hereingebrochen ist wie über uns, kann nicht
anders, sofern es noch gesunden Lebenswillen besitzt,
als sein Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Es
wird nicht den Angstrust nach dem starken Mann aus-
lösen, es kann damit nur seine Widerwertigkeit be-
wiesen. Es wird erhobenen Hauptes an die Neugestalt
seines staatlichen Lebens gehen. Nur stilliche Er-
neuerung vermag aufzubauen, und nur auf breiterster
Grundlage aus den Kräften der Tiefe kann sie empor-
wachsen, aber nun und nimmer von einer wenn auch
noch so gewaltigen Persönlichkeit beföhnen werden. So
ist die demokratische Republik seit 1918 stilliche No-
wendigkeit.

Auch der Verfassung von 1919 haftet ohne Zweifel
Unvollkommenheiten an. Aber das ist ihr unbestreit-
bares Verdienst, daß sie unzweideutig für Reich und
Länder die Republik sagt, und darin besteht ihre
Gedanke, daß sie den Staat als eine stilliche Macht er-
scheint. Jedes volitische Verhalten ist Dienst am Ganzen,
an Volk und Vaterland. Der Pflichtgedanke zieht
durch die ganze Verfassung. Der junge Freistaat er-
scheint als höchste Gemeinschaft der Deutschen.
Der Staat war den Deutschen selten etwas anderes als ein
lästiger Thron, im besten Falle ein eigenmächtiger
Patriarch. Auch der Bismarckische Staat, so sicher es
sich unter seinem Schirm wohnte, wenn man die Sorge
um die Zukunft einschätzte, wirkte als Wornund. Der
republikanische Staat der Weimarer Verfassung, der
erste, der der Initiative des deutschen Volkes entsprungen
ist, löst den Begriff des Untertan endgültig aus,
gründet sich auf den Willen der Staatsbürger und will
von der Volksgemeinschaft getragen sein. Das Merkmal
einer guten Verfassung ist die ergiebige Kraft, die
von ihr ausgeht. Eine Verfassung, die nur ordnet und
reglementiert, ist keine. Die echte Verfassung sagt Bleib
und weist Wege. Die Reichsverfassung von 1919 ist von
produktivem Geiste erfüllt. Es gilt, den politischen
Deutschland zu erzeugen, der sich wieder gleichmäßig von
oben regieren läßt, noch sich hähnelndisch der Obig-
keit beugt, sondern der das frivole Wort des Autokra-
ten Léstat, c'est moi! zum Bekennen's freudiger Dienst-
pflicht dem Staat gegenüber adelt. Nur aufgesprochener
Untertanenverstand kann das erkennen und sich zu
überleben politischen Formen zurückkehren, weil sie
sich bequemem Lebensgenuss nicht hinderlich wahren.
Der stille Feind der demokratischen Republik heißt
politische Tensträgheit und Widerwillen gegen harte
Pflichterfüllung. Sie überwinden heißt den politischen
Deutschen schaffen, die Volksgemeinschaft bauen und das
mit ein Staatsvölk bilden. Die beste Verfassung ist
nichtig, wenn sie bedrucktes Papier bleibt, sie muß er-
leben werden. Die Verfassung von 1919 ist kein Zu-
fallprodukt, sondern die Frucht einer langen mühsa-
men Entwicklung. Es lohnt der Mühe, sie zu erwerben
und zu erleben, wie Deutschen können an ihr zum
Staatsvölk, zur Nation herantreten.

Vor der Entscheidung.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Bedeutung der in London zusammengetrete-
nen neuen Alliiertenkonferenz für die Zukunft
Deutschlands wird sich viel unmittelbarer und schneller
herausstellen, als das bei teilweise ähnlichen Alliierten-
Tagungen der Fall war. Wird nämlich die heutige Kon-
ferenz kein Molarium und keine wesentlichen Zul-
lungserleichterungen bringen, so wird sofort die Markt-
entwertung noch tiefere Sprünge in den Abgrund
hinunter tun, die unerträgliche Teuerung wird

sprunghaft weiterwachsen und der Ruhm Deutschlands
kann als besiegt gelten. Wenn dagegen eine längere
Wempause oder gar ein langfristiges Molarium ge-
währt wird, so bleibt wenigstens die Hoffnung, daß
spätere Verhandlungen doch noch der Bernunft zum
Siege verhelfen. Fast ebenso schlimm, wie die Verwei-
gerung jeder Entlastung wäre freilich die dritte Mög-
lichkeit einer ganz kurz begrenzten provisorischen
Regelung. Denn sie würde neue Enttäuschung und ver-
stärkte Hoffnungslosigkeit für das deutsche Volk bedeu-
ten, das ohnedies heute schon kaum weiß, wie es fahr-
beben weiter treiben soll.

Vorläufig ist die Aussicht auf ein günstiges Er-
gebnis der Londoner Konferenz trotz aller Trübung-
arikel der englischen Presse nur sehr gering.
Poincaré hat durch die unglaublichen fünf neuen
Reaktionen, die ebenso viele glatte Nach-
drücke bedeuten, aufs klarste bewiesen, in welcher Ge-
stimmung er nach London gesahrt ist. Die Proteste selbst
der Bundesgenossen und des besonderen Teiles der
französischen Presse haben ihn von seinen kleinen
Nachmaßnahmen nicht abzuhalten vermocht. Die Un-
drohung weiterer und schärferer Retorsionen zeigt, daß
er noch wie vor die Politik der Drohung und der rü-
cksichtlosen Vergewaltigung immer noch für die zweit-
mächtigste hält. In einem Berliner Montagsblatt sucht
der bekannte Herr v. Gerlach glauben zu machen, daß
Poincaré trotz alledem ein überaus kluger Staatsmann
sei, der durch seine Drohgesten die nationalistischen fran-
zösischen Neuanhänger nur von Schlimmerem zu-
zuschulde. Wer Herr v. Gerlach wird Sicherlich wenig
glückliche Beute für diese seine Darstellung finden. Poin-
caré hat ununterbrochen, seit er wieder am Ruder sitzt,
nicht nur durch Gesten, sondern durch brutale Gewalt-
taten bewiesen, daß er ohne Mühsicht auf Recht und Ver-
träge und ohne Mühsicht auf den Einfluß seiner Ver-
binden gravität auf die Demütigung und den Ruhm
des deutschen Volkes losmarschiert. Er wird auch in
London der bleiben, der er ist, der rücksichtlose Ge-
waltsteller.

Deshalb gewinnt die neueste französische Darstel-
lung viel Wahrscheinlichkeit, daß er mit seinem ande-
ren Plan zur Konferenz gekommen ist, als mit der Vor-
bereitung, vorerst einmal die Bedingungen und die
Pfändete zu erarbeiten und festzustellen, die die Vorau-
sichtung für legale Erleichterung gegenüber Deutschland
sein sollen. Für diese Bedingungen und Pfändete hat
es natürlich genaue Einzelvorschläge mitgebracht. Erst
wenn man sich auf sie geeinigt hat, wird er vielleicht
unter dem Druck der scharfen französischen Finanzmächte
bereit sein, einer kurzen provisorischen Neuregelung
zuzustimmen, die ihm die Hoffnung läßt, später, zu
geimpfeter Zeit seine alten Methoden wieder aufzu-
nehmen.

Ganz anders sind die englischen Vorschläge.
Sie verlangen, daß infolge der überaus ungünstigen
deutschen Finanzlage bis zum Schlusse des Jahres 1922
alle Zahlungen, die Deutschland zu machen hat, so-
weit sie auf Reparationskonto gehen, aufzuschieben sind.
Auch die Ausgleichszahlungen sollen auf die monatliche
Summe von 500 000 Pfund Sterling herabgesetzt wer-
den, die aber nicht mehr an die einzelnen Regierungen,
sondern an die Reparationskommission direkt abzufüh-
ren wären. Diese Vorschläge sind vom englischen De-
legierten Bradbury in der Reparationskommission
bereits zur Prüfung vorgelegt worden. Sie hat mit
tretem Stimmen gegen eine beschlossen, daß eine Entschie-
dung erst nach der Konferenz von London gefäßt wer-
den soll. Frankreich hat sich also allein in der Repa-
rationskommission gegen die vernünftigen Vorschläge
ausgeschlossen. Das war um so selbstverständlicher, als
Bradbury außerdem noch beantragt hätte, für das Mo-
natorium des Jahres 1922 in Anbetracht der Geschäftlich-
keit der augenblicklichen Lage keine neuen Bedingungen
vorzuschreiben. Eine Wempause für Deutschland ohne
neue Auflagen und Bedingungen ist für die französische
Politik natürlich undiskutabel.

In London stehen sich nun die französischen und die
englischen Vorschläge wie Feuer und Wasser gegenüber.
Die Verhandlungen werden entweder kurz sein: wenn man
sich nämlich in keiner Weise einigen kann. Oder sie
werden längere Zeit, vielleicht die ganze Woche, in An-
spruch nehmen, wenn sich bald eine Aussicht auf Einig-
ung ergibt. Daß diese Einigung eine mittlere Waffe
darstellt und in den englischen Wein viel französisches
Wasser gießen wird, dürfte kaum zu bezweifeln sein.
Der italienische Außenminister Schanzer und die bel-
gische Minister Theunis und Jaspard sollen schon
vorher Poincaré gut zugeredet haben, sich mit Lloyd
George und dem englischen Finanzminister Horne zu
vereinigen. Über der französische Ministerpräsident
wird schon mit Rücksicht auf die nationalistischen Scherzer,
die hinter ihm stehen, gutem Zureden kaum zugänglich